WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

November 2015

Volkstrauertag:

Wir gedenken auch der Opfer der Vertreibung!

(Tafel in Niedergründau, Hessen)

Inhalt:

01. Der Vorsitzende hat das Wort S. 03
02. Eine Fußnote zur Zweckänderung der SL S. 04
03. Aus dem Gerichtssaal S. 05
04. Die SL als Außenstelle von VW? S. 06
05. Mitglieder wie Sand am Meer? S. 07
06. Eine Politposse aus München & Straßburg (E.F.) S. 07
07. Frauenquote im Kanzleramt zu hoch? (F.V.) S. 09
08. Unser Jahrestreffen S. 10
09. Gründung des Vereins „Bündnis zur Wahrung…“ S.11
10. Blamage für die Qualitätspresse S. 11
11. Schuldbekenntnis der evgl. Kirche vor 70 J. S. 12
12. Erlass der Benesch-Dekrete vor 70 Jahren S. 12
13. Umerziehung der Afrikaner zu Neuen Menschen S. 13
14. Nachruf auf Dr. Navratil & Dr. Schickel S. 15
15. Zwei vergessene Massaker S. 16
16. Furcht vor der Wahrheit (Clary-Aldringen) S. 17
17. Der tschechische Film als Propagandamedium S. 18
18. Dickes Lob für die Sudetendeutschen (F.V.) S. 19
19. Die CSR – Zerrbild einer Demokratie (F.V.) S. 22
… und weitere Beiträge passim

Impressum
DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V
V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel/Fax: 09073-416556
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 58. Jahr!

Arnold J.Toynbee 1937 über die Sudetenfrage:

Am 10.7.1937 schrieb der britische Historiker A.J.Toynbee nach einer Europareise im Londoner Economist:

A.J.Toynbee (1889-1975)

„Wir wissen selbst am besten, dass wir es nie fertigbekommen haben, unsere britische Spielart von Demokratie auf unsere Herrschaft über Irland anzuwenden. Und was die Methoden betrifft, mit denen die Tschechen heute ihre Vorherrschaft über die Sudetendeutschen ausüben, so sind sie einfach undemokratisch. Auf Grund ihrer Nachkriegsbeziehungen zu den westlichen Nationen, die von ihnen so rührend bewundert werden, haben sich die Tschechen von den Briten weniger die „selbstverständliche Überlegenheit“, sondern weit eher die „britische Heuchelei“ angeeignet – und das in starkem Maße! Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.“

Fundstücke:

1. In der DDR gehörten fünf Minister und 53 Volkskammerabgeordnete einst der NSDAP an (PAZ, 10.10.2015).
2. Im Jahre 1939 versagten britische Behörden allen Asylsuchenden die Einreise nach England, wenn sie *„aktive Gegner des Hitlersystems“* gewesen waren. Als solche galten auch Leute, die mit der tschecho-slowakischen (!). Regierung kooperiert hatten (Milada Kourimska, *Es begann in Prag*“, Freiburg 1984, S. 167).
3. Winston Churchill bekannte 1951 auf einem Parteitag der Konservativen: *„Meine Lebensarbeit bestand darin, zwei Kriege gegen Deutschland vorzubereiten und zu führen.“* (Fritz Brehm, Witikobrief 1965,2, S.26).
4. Als sich 1966 der spätere Kanzler Helmut Schmidt für die Oder-Neiße-Grenze aussprach, forderte ihn Dr. W. Becher auf, in den Schacher mit Polen auch seine Heimatstadt Hamburg einzubringen (Witikobrief 1966,9,16).
5. *"Den Sudetendeutschen ist durch das Münchner Abkommen Recht widerfahren"* (Winston Churchill, *Zürcher Zeitung*, 24. Oktober 1938).

Zum Volkstrauertag

Wir gedenken

- **Der Soldaten, die in beiden Weltkriegen ihr Leben lassen mussten und deren Gräber oft irgendwo in der Fremde liegen.**
- **Wir gedenken der Männer, Frauen und Kinder, die ihr Leben bei Flucht, Vertreibung und im Bombenhagel verloren.**
- **Wir gedenken derer, die Opfer ideologischer Verblendung wurden.**
- **Unsere Gedanken schweifen zurück in die Heimat, zu den Gräbern unserer Vorfahren, deren Vermächtnis uns Pflicht ist.**
- **Wir gedenken all derer, die in der neuen Heimat starben, ohne dass sich ihr sehnlichster Wunsch, wieder in die Heimat zurückzukehren, erfüllte.**
- **Wir nehmen Anteil am Schmerz der Hinterbleibenen.**
- **Wir trauern, doch wir leben auch in der Hoffnung auf Versöhnung der Völker und auf Frieden in der Welt.**

Dafür wollen wir wirken!

Der Vorsitzende hat das Wort:

Liebe Mitglieder und Freunde,
am 1. Oktober 1950, also vor 65 Jahren, erhielt unsere Vereinigung auf Vorschlag von Dr. Walter Becher den Namen „Witikobund“. Mit diesem Rückgriff auf Adalbert Stifter war ein Bekenntnis zu dessen Grundsätzen des ehrlichen Reifens und Wachsenlassens verbunden.

Felix Vogt Gruber

Damit darf man aber nicht das heute so beliebte „Aussitzen“ schwieriger Probleme verwechseln! Noch weniger darf man sich auf „die normative Kraft des Faktischen“ berufen, die angeblich Unrecht in Recht verwandelt, wenn man nur lange genug wartet.
Die Witikonen kennen die Unterschiede und werden weiter allen Versuchen, die Volksgruppe um ihre Rechte zu betrügen, einen Riegel vorschieben. Deshalb unterstützen wir auch die gerichtlichen Schritte gegen die Satzungsänderung! Zwar haben wir die Herausgabe der Mitgliederliste noch nicht erreicht, aber in der Hauptsache, in der Frage der Zweckänderung, bin ich nach der Verhandlung am 3. November zuversichtlich! Optimistisch stimmen mich auch der Verlauf der Jahresversammlung im Oktober und der Spendenzufluss für die Gerichtskosten. Herzlichen Dank dafür!
Dennoch legen wir auch in den nächsten Wochen die Hände nicht in den Schoß! Zuerst stehen die Feiern zum Volkstrauertag an, und dann freuen wir uns auf die Adventszeit mit ihren stimmungsvollen Feiern. Gönnt Euch, liebe Kameradinnen und Kameraden, einige ruhige Tage und geht danach das Neue Jahr umso kraftvoller an! Für die Weihnachtszeit und das Neue Jahr wünsche ich Euch alles erdenklich Gute, vor allem eine eiserne Gesundheit!
Euer
Felix Vogt Gruber

Bitte den Hinweis unserer Buchhaltung auf Seite 8 beachten!

Eine Fußnote zur Zweckänderung (§ 3 SL-Satzung)

Kurzinfo über Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Prag, Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, am 04.11.2015, 11.00 Uhr, im Kuppelsaal der Botschaft.

Die Teilnehmer an der Besuchsfahrt bildeten einen großen Kreis, am oberen Ende der Botschafter, Lm. Hörtler und Lm. Kipplinger. Zum Schluss gab es noch eine kurze Fragerunde:

Wortmeldung Slezak: Herr Botschafter, wir Sudetendeutschen sind eine besondere Besuchergruppe, denn wir waren hier zu Hause und wurden vertrieben.
Die Vertreibung ist aber immer noch nicht aufgearbeitet, die Dekrete noch in Kraft.
Als Bezirksobmann werde ich immer häufiger von jungen Landsleuten wie folgt gefragt: „Mein Opa hatte einen Bauernhof, Brauerei, Gasthof usw., deren Erbe ich wäre. Wie und wo kann ich meine Rechte geltend machen.“ Würden Sie, Herr Botschafter, das Anliegen dieser jungen Landsleute unterstützen?

Antwort von Loringhoven: Erst die Gerichtsentscheidung abwarten.

Zwischenruf Hörtler: Ich, als stellvertretender Bundesvorsitzender, betone, dass die Landsmannschaft keine Eigentumsansprüche stellt und sie auch nicht unterstützt.

Einwand Slezak: Das entspricht aber nicht der geltenden Satzung.

Antwort Hörtler: Ich betone noch mal, das wird von uns nicht unterstützt.

Slezak: Dann ist alles klar.

Dieser kurze Gesprächsauszug mit und vor dem Botschafter war für mich so aussagekräftig, dass ich ihn Euch vorab übermittle. Jeder kann daraus seine Schlüsse selbst ziehen.

Landsmannschaftliche Grüße

Johann Slezak

Einladung

zur Festveranstaltung der Hausner Stiftung
mit Verleihung der Urkunde mit Plakette am

Freitag, dem 11.12.2015, um 18 Uhr im Salesianum in München, St. Wolfgangs-Platz 11.

Für ihren heimatpolitischen, kulturellen und wissenschaftlichen Einsatz für die sudetendeutsche Volksgruppe werden geehrt

Lm. Prof. Dr. Rudolf Grulich, Laudator: Prof. Dr. Wolfgang Stingl
Lmn. Rektorin i. R. Dietlinde Jenisch, Laudator: OStD i. R. Ernst Korn
Prof. Barbara Probst-Polasek spielt Stücke aus der Renaissance und Werke von Johann Sebastian Bach, Fernando Sor und Rudolf Leberl.

Werde Mitglied im „Bündnis zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“! (Näheres auf S. 11!

Aus dem Gerichtssaal

Da der Vorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V. auf die vereinsintern vorgetragenen Bitten unseres Medienbeauftragten, Ingolf Gottstein, nicht reagierte, mussten die Gerichte bemüht werden. Inzwischen fanden zwei Verhandlungsrunden statt. Die erste am 4. August und die zweite kürzlich, am 3. November.

Niederlage auf einem Nebenschauplatz

Beim ersten Termin am 4.8. ging es um die Herausgabe der Mitgliederliste. Der Witikobrief hat darüber in der Augustfolge kurz berichtet und auch den Termin für die Urteilsverkündigung genannt. Dieser war der 25. September 2015. Beim Kläger traf der Schriftsatz am 5. Oktober ein. Leider wurde die Klage abgewiesen. (Stolz druckte das SL-Vereinsblatt diese Meldung schon am 2. Oktober auf der ersten Seite ab (sh.Kasten links!), über die Niederlage in der Hauptsache am 19. Mai schweigt diese Zeitung aber bis heute beharrlich).

> Satzungsreform

Klage gegen SL abgewiesen

Einen ersten Erfolg kann die Sudetendeutsche Landsmannschaft bei der Abwehr jener Klagen verbuchen, die einige Gegner der von der Bundesversammlung beschlossenen Satzungsänderung eingebracht haben. Das Landgericht München I hat am 25. September die Klage auf Herausgabe ihrer Mitgliederdatei im Zusammenhang mit der Satzungsreform als unbegründet abgewiesen.

Sdt.Ztg.2.10.2015

Die Urteilsbegründung ist allerdings sehr schwach und lädt förmlich zur Revision ein. Die Richterin wies die Forderung mit dem kuriosen Argument zurück, dass die SL keine Liste habe. Nach dieser Logik müsste künftig jeder Mittellose von der Bezahlung seiner Rechnungen befreit werden.

Nicht nur kurios, sondern provokant war bei diesem Verfahren der Verhandlungsverlauf. Die Richterin verfügte a) über keinen Auftrag, als Einzelrichterin tätig zu werden, sie war b) sehr schlecht vorbereitet und c) mit der Leitung einer Sitzung völlig überfordert. Die bayerische Justiz präsentierte sich nach Meinung von Beobachtern in erbärmlicher Weise. Beschwerden zweier Zuhörer und des Anwalts wurden vom Gerichtspräsidenten mit dem Hinweis auf die richterliche Unabhängigkeit abgetan. Aber bezieht sich diese auch auf die Schlampigkeit und Unfähigkeit des Personals? Der Kläger-Anwalt legte Ende Oktober Revision ein.

Der Termin in der Hauptsache

Am 3. November 2015 gab es den ersten Termin in der Hauptsache. Die Beklagte (SL) war vertreten durch RA Ortmann und GF Lippert. Da beide wieder (wie am 4.8.) ohne gültige Vollmacht waren und einige Papiere nicht eingereicht hatten, kam das Verfahren wieder ins Stocken. Die SL möchte aus der Zweckänderung eine einfache Satzungsänderung machen. Diesen Vorschlag stellte der Richter zur Diskussion, doch Anwalt Veauthier pochte auf den Minderheitenschutz im Verein, wozu es passende Präzedenzfälle gebe. Außerdem sei auch die Mindestquote von 75 % für eine einfache Satzungsänderung verfehlt worden.

Der Richter hielt sich auch den Weg offen, die Registrierung wegen eines Formfehlers abzulehnen. Dieser entstand durch nachträgliches Herumbasteln am ursprünglich vorgelegten Änderungsvorschlag. Der zu beschließende Text muss aber identisch sein mit dem der Einladung beigefügten. Die SL muss bis zum 24. November 2015 den ursprünglichen Text nachreichen (Siehe Kasten am Schluss!). Das Urteil wird am 15.1.2016 schriftlich ergehen.

Die psychologische Seite

Leider dauert der Rechtsstreit um die geplante Zweckänderung der SL noch an. Der Witikobund hält ihn aber für nötig, weil sonst irreparabler Schaden entsteht, verursacht durch momentane, psychologisch erklärbare Verirrung einiger Amtsinhaber:

Unbestritten steht die Volksgruppe seit Jahrzehnten unter enormem gesellschaftlichen und politischen Druck. Viele von uns können dem gottlob trotzig widerstehen, sogar wenn sie dadurch zu „marginal-men“, zu Außenseitern, werden. Andere reagieren auf den Druck aber mit Renegatentum, das sich oft bis zum Selbsthass und zu entsprechender Aggresivität gegen frühere Gruppengenossen steigert. Eine dritte Variante führt paradoxerweise zur Zuneigung zu den früheren Folterern und wurde vor nicht allzulanger Zeit in Österreich als Kampusch-Syndrom bekannt. Gefragt ist also Frustrationstoleranz, und da sieht es momentan in der Bundesversammlung eher schlecht aus.

Blick in die Zukunft

Sollte das Gericht wider Erwarten die Satzungsänderung durchwinken, folgt der Weg durch die Instanzen, was bis 2018 dauern kann. Mindestens solange wird die alte Satzung gelten. Ihr müssen sich dann im Frühjahr 2016 alle neugewählten Abgeordneten der 16. SL-Bundesversammlung „unterwerfen". Zumindest die aktenkundig gewordenen Befürworter der Satzungsänderung müssen dann wegen vermuteter Falschaussage mit einem Ausschlussantrag rechnen.

Mögliche Lösung

Vernünftig wäre in dieser Lage, eine Sondersitzung der jetzigen Bundesversammlung einzuberufen und einen Kompromiss zu suchen. Die missverständliche Formel von der *„Wiedergewinnung der Heimat"* könnte anders umschrieben werden und im restlichen Text müsste an irgendeiner Stelle das Wort „sudetendeutsch" auftauchen. Die SL muss deutlich machen, dass sie sich um sudetendeutsches Eigentum kümmert, nicht um „weltweit" geschehenes Unrecht. Allgemeine Gerechtigkeitsgrundsätze nützen uns nichts, wie man bei der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 gelernt hat. Auch Peter Rosegger wusste das schon: Die Liebe zur ganzen Menschheit kostet für gewöhnlich nur eine Phrase, aber die Liebe zum Nächsten fordert Opfer!

Zur Erinnerung folgt hier die Gegenüberstellung a) der noch gültigen alten Fassung, b) der ursprünglich geplanten und c) der beschlossenen und dem Registergericht vorgelegten Änderung:

a) Die jetzt noch gültige „alte" Fassung	
§ 3, 1) Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt …gemeinnützige Zwecke… Diese Zwecke sind: a) … b) an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mitzuwirken, in der Vertreibungen, Völkermord oder „ethnische Säuberungen" und Diskriminierungen weltweit gebannt und insbesondere das Recht auf die Heimat, das Volksgruppenrecht und das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und Volksgruppen garantiert sind; c) den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen; d) das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren. e-g) …..	
b) Der Einladung beiliegende Fassung	**c) Beschlossene Fassung**
Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt …gemeinnützige Zwecke…Diese Zwecke sind: a) … b) **eine gerechte Völker- und Staatenordnung zu verwirklichen, in der die Menschenrechte, das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen gewahrt werden und insbesondere Vertreibung, Völkermord, völkerrechtswidrige Enteignung sowie Diskriminierungen weltweit geächtet werden und dort, wo sie erfolgten, im Rahmen des Möglichen geheilt werden.** c) neu = e) alt, d)neu=f)alt, e) neu = g) alt	§ 3, Zweck: d. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt … gemeinnützige Zwecke … Diese Zwecke sind: a) …. **b) an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mitzuwirken, in der die Menschen- und Grundrechte, das Recht auf die Heimat und das Selbst-bestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen für alle gewahrt und garantiert werden. Dazu gehört, dass die EU-Grund-rechtecharta in allen Teilen für alle Mitgliedstaaten uneingeschränkt verbindlich gemacht wird.** **c) Verstöße gegen diese Rechte wie Völkermord, Vertreibung, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen sowie Diskriminierungen weltweit zu ächten und dort, wo sie erfolgten, auf der Grundlage eines gerechten Ausgleiches zu heilen.** d), e), f) neu = e), f), g) alt

Die SL als Außenstelle von VW?

Besorgt blicken viele Sudetendeutsche nach München. Da beschließt die SL-Bundesversammlung eine Zweckänderung ihres Vereins, aber der Vorstand kümmert sich nicht um die dabei geltenden Regeln. Großspurig wird daraus eine einfache Satzungsänderung konstruiert und nach Schlupflöchern für die Genehmigung gesucht..

Versteht sich die SL neuerdings als Außenstelle von VW oder DFB?.

Wird da gerade irgendwo eine zwielichtige Software installiert?

Offenbar wissen einige Amtsträger nicht mehr, was uns Sudetendeutsche immer ausgezeichnet hat!

Wir sind gesetzestreu und rechtswahrend. Verlässlichkeit, Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit gehören zum kostbarsten Gut unserer Gemeinschaft. Jede Form von Großspurigkeit oder Übermut ist uns fremd. Auf diese Werte müssen wir uns besinnen. Wo sie verloren gingen, müssen sie wieder erweckt werden!

Mitglieder wie Sand am Meer?

Bei der Berechnung der Gerichtskosten legte die SL eine kostentreibende Mitgliederzahl von 200.000 zugrunde, eine Zahl die umso erstaunlicher ist, als die SL angeblich gar keine Listen besitzt.
Es bleiben nur Schätzungen, ausgehend von der Delegiertenzahl in der Bundesversammlung oder, noch besser, von der Summe der abgeführten Beiträge, und das führt zur Ernüchterung! Schätzungen gibt es auch nur bei den indirekten Mitgliedern, die über die rd.70 Heimatkreise korporativ der Landsmannschaft zugeschlagen werden, denn manche Heimatkreise existieren nur noch auf dem Papier, und es kommt zu Doppelzählungen derer, die schon individuelles Mitglied sind. Die allermeisten „Heimatkreisler“ wissen auch gar nicht, dass sie indirekt zur Landsmannschaft gehören und würden dies sogar strikt ablehnen. *(F.V.)*

Haben wir jetzt einen neuen "Kaiser mit neuen Kleidern" - eine Politposse sondersgleichen aus München und Straßburg

In Andersens Märchen war es ein Kind, das rief: „Aber der Kaiser ist doch nackt!“. Damit flog letztendlich der ganze Schwindel auf. In der Realität sieht es oft etwas anders aus. Da gibt es einen abgewählten EU-Parlamentarier, der an allen Sitzungstagen mit seiner Sekretärin, Frau Waldburg, die er selbst bedeutungsvoll "Politische Referentin" nennt und nach eigenen Aussagen auch privat bezahlt, in Straßburgs Politikzentrale ein- und ausgeht. Ja, gerade so, als wäre da bei der 8. Europawahl 2014 nichts gewesen und als hätten die Votierenden nicht anders entschieden! Man könnte hier bei Bernd Posselt auch von einem neuen Hauptmann von Köpenick sprechen.
So wie der Kaiser letztendlich seinen "Gewändern" vertraute, spielt er den unersetzbaren Europapolitiker weiter, egal wie sein Wahlvolk auch entschieden haben mag. Das ist ja letztendlich dann für ihn nur Stimmvieh, dessen Votum für den Sprecher und Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft keine Rolle zu spielen scheint. Was er sagt, das setzt er sprichwörtlich sogar über Leichen durch. Da kennt er schließlich auch keine politischen Freunde, wenn es diese überhaupt in der Politik gibt.
Zunehmend pikant an der Angelegenheit ist dabei nur, dass die Medien Posselts Verhalten mittlerweile weidlich ausschlachten. Von "Welt" bis "Zeit" oder "Das Erste“ oder "Monitor", alle berichteten darüber. Und auch vor Peinlichkeiten schreckten die Journalisten nicht zurück. In der Bundesgeschäftsstelle scheint man darauf allerdings recht stolz zu sein, denn man vergisst nicht, auf den Seiten der Landsmannschaft immer eiligst alle Landsleute per Link auf derartige Veröffentlichungen hinzuweisen. Das kann aber eigentlich den Vertriebenen nicht egal sein, die Bernd Posselt zu vertreten hat.
Wer will schon wissen, was der glühende Europapolitiker in der Badewanne singt, und welchen politischen Mehrwert hat eine solch banale Information überhaut? Schließlich handelt es sich dabei ja - gelinde gesagt - nicht gerade um einen stark Erotik ausstrahlenden Politiksüchtigen und alleinstehenden älteren Mann! Charisma hat er trotz alledem oder gerade deswegen, und er kann stundenlang überzeugend ohne jegliches Manuskript reden. Horst Seehofer hat ihn deshalb einmal als "einziges ihm bekanntes lebendes Lexikon" bezeichnet. Dass bei Posselt dabei allzuoft Realität und Legende nicht auseinanderzuhalten sind, das scheint so eine Eigenheit von Politikern zu sein und ist nicht nur ein Phänomen des abgewählten EU-Parlamentariers.
In der Landsmannschaft hat der Chef der Sudetendeutschen jetzt gerade einen schweren Stand: Die Durchsetzung der Satzungsänderung liegt vielen Vertriebenen - insbesondere der Erlebnisgeneration - schwer und unverdaulich im Magen. Sicherlich muss man darüber reden, ob die Formulierung in der Satzung "Wiedergewinnung der Heimat" heute wirklich noch in dieser Wortwahl zeitgemäß ist. Doch die Eigentumsansprüche des einzelnen Vertriebenen global aufzugeben, das geht nicht und wäre auch gegenüber anderen Opfergruppen eine Ungleichbehandlung, die die Sudetendeutschen mit Recht so in großer Mehrheit nicht einfach hinnehmen werden. Auch führende Völkerrechtler, wie der leider viel

zu früh verstorbene Sudetendeutsche Professor Dieter Blumenwitz, der seinerzeit im Auftrag der Sudetendeutschen sogar ein Vertriebenengutachten dazu erstellt hat, von dem heute die Führung der Landsmannschaft scheinbar nichts mehr wissen will oder auch der renommierte Schweizer Professor Alfred de Zayas haben davor entschieden vor diesen Schritten gewarnt. Aber Bernd Posselt hat sich geschickt - die europäische Menschenrechtskarte spielend - am Ende in der letzten Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft durchgesetzt und damit den Tschechen und der deutschen Politik ein fragwürdiges Geschenk gratis geliefert. Gegenleistung - etwa die Aufhebung der Benes-Dekrete - kein Thema für die tschechischen Politiker. Und die deutsche politische Klasse jubelt und bezeichnet das als Realitätssinn der Sudetendeutschen und Zeichen ihres Verständigungswillens, schweigt aber zur unverändert harten Haltung der Tschechen hinsichtlich der Unrechtsdekrete beflissentlich.
Lediglich die AfD in Sachsen hat unlängst politisch klar Flagge gezeigt und anlässlich des 70. Jahrestages der Verkündung der Dekrete an die längst fällige Aufhebung dieser unsäglichen und gegen elementare Menchenrechte verstoßenden Benes-Dekrete in einer Pressemitteilung erinnert und angemahnt: Da gilt es im 21. Jahrhundert noch etwas aufzuarbeiten!
Die Landsmannschaft selbst wird gegenwärtig allerdings durch einen möglicherweise über Jahre andauernden Rechtsstreit vor deutschen Gerichten, durch Absetzbewegungen von Orts-, Kreis- bis hin zu ganzen Landesverbänden und Rücktrittsforderungen an den Bundesvorstand gelähmt.
Es bleibt spannend, wie die kommende Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit ihrem Sprecher und Bundesvorsitzenden weiter umgehen wird. Da wird es sich zeigen, ob Bernd Posselts Zukunft bei den Vertriebenen aus Böhmen noch gesichert ist. Die Ausgangslage ist jedenfalls für den schwergewichtigen Dauerpolitiker Posselt ohne aktives Amt nicht rosig.
Im Märchen ist der Kaiser über jeden Verdacht erhaben. Wer daran zweifelte, der galt als Ewiggestriger und Rückwärtsgewandter. Der Hochgejubelte könnte jedoch ganz schnell hart auf den Boden der Realität fallen, so wie der Kaiser bei Martin Andersen, nachdem die Kinder den ganzen Schwindel aufgedeckt haben. *(Eberhard Friedrich)*

Ankündigung Einzug Mitgliedsbeitrag per SEPA-Lastschriftmandat
Bezahlung Mitgliedsbeitrag bzw. Jahresgebühr

Wir bitten um Beachtung, dass am **2.1.2016** wieder der jährliche Mitgliedsbeitrag für das laufende Geschäftsjahr von Ihrem Konto per SEPA-Lastschriftmandat abgebucht wird**. Änderungen der Bankverbindung** oder **Kontoauflösungen** bitten wir, bis **spätestens 15.12.2015** mitzuteilen, da diese wegen der Feiertage sonst nicht mehr berücksichtigt werden können. Sie vermeiden somit Bankgebühren für eine Lastschriftrückgabe.
Mitglieder und Bezieher des Witikobriefes, die uns kein SEPA-Lastschriftmandat erteilt haben, bitten wir ebenfalls um Bezahlung des Mitgliedsbeitrages bzw. der Jahresgebühr auf unser Konto bei der Hypo-Vereinsbank, IBAN: DE31 7002 0270 6880 1571 06 BIC: HYVEDEMMXXX.

Beruhigende Grenzkontrolle

Unser Kamerad R.P. aus den USA schreibt: Einer meiner Nachbarn reiste nach München, um an einer Fachkonferenz teilzunehmen. Er ist IT-(information Technology-) Ingenieur und arbeitet für einen der Hi-Tech Giganten in Silicon Valley. Bei der Passkontrolle in München entdeckte man, dass sein Reisepass nur noch drei Tage weniger als volle drei Monate gültig ist. Er durfte deswegen den Flughafen nicht verlassen und wurde innerhalb einiger Stunden nach Sacramento zurückgeschickt. Ist es nicht beruhigend, zu wissen, dass die deutsche Grenze wenigstens am Münchener Flughafen noch streng bewacht wird?

Ist die Frauenquote im Kanzleramt zu hoch?

Petra Roth als Oberbürgermeisterin von Frankfurt und Margret Thatcher als Premierministerin in London haben ihre Rollen hervorragend gespielt. Blickt man aber auf das Kanzleramt in Berlin, befällt einen die Sorge, ob dort die Frauenquote vielleicht doch etwas zu hoch ausgefallen ist.

Berlin, Kanzleramt

Merkel bürdet Deutschland neue Integrationsaufgaben auf, noch ehe die alten ordentlich abgearbeitet sind. Alleine die Eiertänze um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zeigen, wie vermessen ihr Ruf „Wir schaffen es“ ist. Blickt man noch weiter zurück, wachsen die Zweifel, ob Deutschland für die neue Aufgabe überhaupt ausreichend qualifiziert ist, denn der Umgang mit den deutschen Ostvertriebenen weist erschreckende Defizite auf.

Zwar wird niemand so kleinlich sein und die Schwierigkeiten der ersten Jahren überbewerten. Damals diktierte auf beiden Seiten meist blanke Not das Verhalten. Wirklich skandalös wurde es erst in den sechziger Jahren, als die Medien begannen, die Vertriebenen als Revanchisten und verkappte Nazis zu verketzern. Eine gelungene Integrationmaßnahme war das nicht, zumal sich jetzt nach und nach herausstellt, wie stark selbst Ministerien in Bonn ns-kontaminiert waren!

Als die NS-Vorwürfe entkräftet waren, bemächtigte sich das Kabarett der Themen und machte die Vertriebenen lächerlich. Das tat sehr weh und hat uns vor allem die eigene Jugend abspenstig gemacht. Aber auch die Älteren waren eingeschüchtert. In der Summe herrschte Ruhe, oft Friedhofsruhe, die mancher vielleicht als Zeichen gelungener Integration missverstanden hat.

Diese medialen Tiefschläge fanden ihre Entsprechung im Regierungshandeln. In Berlin weigert man sich noch heute beharrlich, den Vertriebenen diplomatischen Schutz zu gewähren, wenn es um ihre Rehabilitation geht. Auch die Solidarität im Materiellen ist, nicht nur gemessen an Finnland, eigentlich beschämend.

Wer einen Hang zur Ironie hat, könnte jetzt sagen, dass man nun die früheren Fehler wettmachen will.. Sehr feinfühlig hat daher schon der Deutsche Presserat empfohlen, bei Straftaten die Herkunft der Täter zu verschweigen. Der Stillschweigejournalismus funktioniert auch bei den Kosten. Während man beim deutschen Pflegepersonal und den Lokführern um Pfennige feilscht, sprudeln für die neuen Flüchtlinge plötzlich die Millionen. Aber nicht aus ergiebigen Ölquellen, sondern jeder Euro muss hart erarbeitet werden. Die Mähr vom reichen Deutschland (Gauck) hat kürzlich die EZB (Europäische Zentralbank) widerlegt. Bei den Geldvermögen liegt Deutschland im europäischen Vergleich nur auf einem Mittelplatz und beim Gesamtvermögen, also einschließlich der Immobilien, rangieren wir fast am Ende!

Merkel ist dabei, unser Land zu überfordern. Eine Riesenaufgabe jagt die andere. Nach den Inflationen folgten Kalter Krieg, Wiederaufbau „Ost“, „alternativlose“ Bankenrettung, Energiewende, Griechenlandhilfe und jetzt, als Höhepunkt, die Umwandlung Deutschlands in eine Tugendrepublik, die mit offenen Herzen die Flüchtlingsflut aufnehmen soll. In Japan spricht man voller Verwunderung von **„manischer culpopathie“** der Deutschen, die aus Scham für den Zweiten Weltkrieg Selbstmord begingen.

Zeichen von Despotismus

Aufgabe einer Regierung ist, bestehende Gesetze auszuführen. Hier liegt Merkels Anmaßung. Sie leitet nicht nur die Exekutive, sondern zimmert sich, fußend auf einem diffusen Moralismus, auch ihr eigenes Normengebäude zurecht. Wenn aber normsetzender Gestaltungsanspruch und exekutive Gewalt zusammenfallen, haben wir es mit den klassischen Merkmalen des Despotismus zu tun! Die in Dresden demonstrierenden Pegida-Anhänger haben dies ohne Zweifel erkannt und nehmen ihr Recht auf Widerstand wahr. *(F.V.)*

Wenn man „Wahrhaftigkeit“ nach dem Opportunitätsprinzip verwendet,
dann ist sie nicht viel wert!

Unser Jahrestreffen

Bei der Planung unseres Jahrestreffens in Oberteisbach erwarteten wir einen großen Diskussionsbedarf und reservierten dafür viel Zeit. Das erwies sich als richtig, denn die Mitgliederversammlung dauerte von 9.00 Uhr vormittags bis nachmittags 16.00 Uhr, unterbrochen nur von einer kurzen Mittagspause.

Die üblichen Formalien

Nach Begrüßung und Totenehrung gab der Vorsitzende einen Überblick über die Tätigkeit des Vorstandes. Dabei ging es überwiegend um den Streit wegen der geplanten Satzungsänderung. Auch der nachfolgende Kassenbericht stand unter diesem Vorzeichen, denn die Unterstützung der gerichtlichen Schritte gegen die Satzungsänderung wirkte sich leider sehr negativ auf die Bilanz aus. Trotz eines erfreulichen Spendenaufkommens, mussten unsere Rücklagen stark herangezogen werden.

Landgasthof Räucherhansl in Oberteisbach

In der Diskussion der Berichte kamen Ungereimtheiten bei Arbeitsverträgen in der SL-Verwaltung und die bevorstehende Wahl zur SL-Bundesversammlung zur Sprache.

Danach stellten die Kassenprüfer den Antrag auf Entlastung, dem bei einer Enthaltung eines Betroffenen stattgegeben wurde.

Ausführliche Beratungen

Nun folgten Beratungen über insgesamt fünf Vorhaben. Die Themen waren gut vorbereitet und konnten ohne größeren Leerlauf erledigt werden. Am längsten wurde über die Abweisung der Klage auf Herausgabe der Mitgliederliste gesprochen. Obwohl die Urteilsbegründung sehr schwach ist, war man sich einig, mit der Revisionsklage behutsam umzugehen, weil sonst der Status der SL als eingetragener Verein (e.V.) in Gefahr geraten könnte. (Inzwischen wurde doch Revision eingelegt.)

Beschlossen wurde danach ein Text, der sich Gedanken macht über Kaiser Karl IV. als Namenspatron des wichtigsten SL-Preises. Das Problem sind Judenverfolgungen, die es unter Karl IV. sowohl in Nürnberg als auch in Prag gab. Mit dieser Frage sollte sich das zuständige SL-Gremium befassen.

Ein weiterer Text wies die Angriffe hoher SL-Amtsträger auf Vertreter des Witikobundes zurück. Zu fragen sei, wie Kontakte zu dem Ungarn Orban (durch MP Seehofer) oder zu den Verteidigern von Vertreibung und Mord an den Sudetendeutschen zu bewerten seien.

Kam. Hörrmann möchte eine Sondersitzung der SL-Bundesversammlung beantragen, damit der neuen BV nicht so viele unerledigte Fragen hinterlassen würden. Erwogen wird auch ein Aufschub der Wahl.

Kam Slezak schließlich legte neue Formulierungen sowohl für § 3 der Satzung als auch für die Grundsatzerklärung vor.

Zu allen fünf Themen konnte Konsens erzielt werden.

Fortsetzung mit Referaten

Nach dem Ende der Jahresversammlung leitete der Vorsitzende zum Vortag des Tages über. Kam.Zips hatte sich bereiterklärt, über die „Kriegsgefangenen des 2. Weltkrieges auf beiden Seiten“ zu sprechen. Sein faktenreiches und gekonnt präsentiertes Referat rief Nachdenklichkeit hervor, insbesondere weil die Untersuchungen dafür sprechen, dass nach dem Kriege mehr Deutsche sterben mussten als während des Krieges!

Das nächste Referat wurde am Sonntag Vormittag von Erika Köcher dargeboten. Sie berichtete über ihre Eindrücke von einer Studienreise in den Iran. Dieses Land befinde sich auf dem Weg in die Moderne und werde meist unterschätzt. In der Diskussion wurden auch die mit den Namen Mossadeg und Ahmadineschad verbundenen Fragen angeschnitten.

Am Rande des Jahrestreffens berieten Vertreter des „Bündnisses zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ über die Umwandlung des „Bündnises“ in einen Verein. Näheres dazu in einem eigenen Artikel!

Erfolg für unseren Vorsitzenden! Felix Vogt Gruber wurde am 7.November 2015 in geheimer Wahl mit 24 : 1 Stimmen als Vorsitzender des Bezirkes Schwaben bestätigt. Das ist der beste Lohn für sein unermüdliches Wirken und seine politische Geradlinigkeit. Der Witikobrief gratuliert herzlich!

Gründung des Vereins „Bündnis zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“

Am Samstag, dem 10.Oktober 2015, trafen sich in Oberteisbach nach der Sitzung des Witikobundes rund zwanzig Mitglieder des „Bündnisses zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ , um dieses in einen richtigen Verein umzuwandeln. Dem Gründungsvorstand gehören an Ingolf Gottstein (Vors.), Rüdiger Lack (1.Stellvetr.), Felix Vogt Gruber (2. Stellvertr.), Dr. Alf Vincon (Kassenwart), Claus Hörrmann (Schriftführer). Es liegt ein Satzungsentwurf vor, der sich stark auf die menschenrechtlichen Grundsätze des Völkerrechts beruft. Dem Bündnis liegen bisher 300 individuelle Anmeldungen vor. Korporative Mitgliedschaften unterhalten mehrere Heimatkreise und SL-Landesverbände. Interessenten für eine Mitgliedschaft können sich an den 1.Stellvertreter, Rüdiger Lack (e-Post: lack-ruediger@t-online.de) wenden.

Dr.Halder tritt in Berlin nicht an!

Der als Nachfolger Prof. Kittels für die Leitung der Stiftung Flucht-Vertreibung-Versöhnung (SFVV) vorgesehene Dr.Wilfried Halder (53), tritt sein Amt nicht an. Einer der Gründe dürfte sein, dass man ihm nur einen auf fünf Jahre befristeten Vertrag angeboten hat. Generell zeigt der Vorgang, welche Schwierigkeiten unser Staat immer noch mit der Integration der Ost- und Sudetendeutschen hat. Bevor das nicht abgearbeitet ist, sollte man sich nicht an die Aufnahme hunderttausender fremdsprachlicher Flüchtlinge heranwagen.
Oder gilt: „Das Grab wird schon geschaufelt, die Totgeweihten merken es nur nicht?

Eine Blamage für die „Qualitätspresse“

Markus Gärtner ist ein Finanzexperte mit einem sehr guten Gedächtnis und einem sehr guten Privatarchiv. Diese ermöglichten ihm, die Markteinschätzungen der wichtigsten Medien in den letzten rund 15 Jahren auf den Prüfstand zu stellen. Leider war das Ergebnis völlig desaströs. Bei allen wichtigen Anlagefragen erwiesen sich die Prognosen als falsch! Obwohl es genügend Warnungen gab, hatten die großen Zeitungen weder die Finanzkrise 2008 noch den Anstieg des Goldpreises, aber auch nicht dessen Sinken rechtzeitig erkannt. Die Journalisten hätten lediglich die positiven und rosigen Beurteilungen der Wallstreet-Analysten „wiedergekäut“. Wer ihnen vertraute, verlor beim Gold ein Drittel des eingesetzten Vermögens.

Vorsicht! Falsche Prognosen!

Ähnlich verhielt es sich bei der Euro-Einführung und bei den jüngsten Krisen der Gemeinschaftswährung. Im März 1998 schrieb die Wochenzeitung „Zeit“ *„Mit ihrem absurden Gemäkel an den Euro-Daten machen sich die Gegner der Währungsunion nur noch lächerlich*“. Selbst während der Krisen, als Verträge reihenweise gebrochen wurden, verteidigten die Journalisten die Linie der EU-Administration und der Bundesregierung. Auch das kostete viele Anleger bares Geld. Die Medien nehmen auch die Niedrigzinspolitik hin, obwohl sie zu einer schleichenden Enteignung führe. Brav verteidigten die Redaktionen den Kurs der EZB. Gärtner zeigt genüsslich auch die Fehleinschätzung des Schengener Abkommens auf. Als es auf die osteuropäischen Staaten ausgeweitet wurde, behauptete die „Welt“ *„Offene Grenzen senken die Kriminalität“*. Vier Jahre später schreibt dieselbe Zeitung: *„Offene Grenzen erfreuen besonders Kriminelle“*.
Die Presse bezeichnet sich gerne als Vierte Gewalt im Staate. Das sollte die Redaktionen aber nicht dazu verleiten, auf das oft bedauerliche Niveau der drei anderen Gewalten herabzusteigen.
(Quelle: Ronald Berthold, JF, 16.10.2015, S. 19).

Zur SL-Kreisgruppe Hof gehören sieben Ortsverbände. Bei ihrer letzten Kreisversammlung befürchtete der Kreisvorsitzende Schiller irreparable Schäden für die Landsmannschaft durch die Satzungsänderung *(Sudetepost, 6.11.2015, S. 4).*

Das Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche vor 70 Jahren

Der Auftrag der Kirchen ist die Verkündigung des Evangeliums. Als sich die Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) am 18. und 19.Oktober 1945 in Stuttgart versammelten, geriet dieser Grundsatz etwas aus dem Blickfeld. In ihrem dort beschlossenen Schuldbekenntnis erklärten sie nicht nur, die Leiden des deutschen Volkes mittragen zu wollen, sondern mit ihm auch die Schuld gegenüber vielen Völkern, denen unendliches Leid gebracht worden sei, zu teilen.
Viele Zeitgenossen fühlten sich dadurch an die Alleinschuldthese des **Versailler Vertrages** und an den Vorwurf der **Kollektivschuld** der aktuellen Siegermächte erinnert.
Als Autoren der Erklärung gelten Martin Niemöller, Otto Dibelius und Hans Christian Asmussen. Ein Blick hinter die Kulissen verrät aber mehr. Zu den treibenden Kräften gehörten auch der Schweizer Theologe Karl Barth, der bis 1933 an der Universität Bonn gelehrt hatte und nicht nur den Nationalsozialismus ausmerzen wollte, sondern überhaupt den *„verderblichen Nationalgeist der Deutschen“* seit Friedrich dem Großen und Bismarck. Er stand auch dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK, Weltkirchenrat) nahe, dessen holländischer Generalsekretär, Willem Viser`t Hooft, das deutsche Schuldbekenntnis vor der Wiederaufnahme der EKD in den Weltkirchenrat forderte, ja sogar die Fürsprache bei den Siegermächten für das notleidende Deutschland davon abhängig machte.

Es war noch schlimmer.

Karl Richard Ziegert, der etwas unangepasste deutsche Kirchenhistoriker, sieht Einfüsse des Office of Strategic Services, OSS, des Vorläufers der CIA. Diese Instanz hatte nicht nur Beobachter nach Stuttgart entsandt, sondern verfügte in Willem Viser`t Hoof auch einen einflussreichen Akteur vor Ort. Viser`t Hoof soll nach Angaben von Eugen Gerstenmaier schon während des Krieges Leiter einer Geheimdienststelle in Genf gewesen sein. Ihm, Niemöller und Barth sei es gelungen, den Text durchzusetzen und andere Einflüsse auszuschalten.
In Opposition zu den Textverfassern stand der ebenfalls in Stuttgart anwesende Bischof von Chichester. Er hatte sich schon während des Krieges gegen das Flächenbombardement ausgesprochen und wollte den Fehler der Alleinschuldthese von Versailles verhindern. Gegen die Fraktion Niemöller-Barth konnte er sich aber nicht durchsetzen.

Die Denkschrift von 1965

Im Oktober 2015 muss man aber nicht nur an den 70. Jahrestag des Schuldbekenntnisses erinnern, sondern auch an die Denkschrift der EKD vor 50 Jahren. Sie erschien am 1. Oktober 1965 und befasste sich mit der Ostpolitik. Dabei analysierte sie die soziale Benachteiligung der Vertriebenen durchaus korrekt. Befremdlich waren aber gewisse historische Fehlurteile und, teils darauf gestützt, einige Aussagen zum Heimatrecht. Heimat sei von Gott gegeben und könne von diesem auch wieder genommen werden. Denkschriften dieser Art bildeten dann die Begleitmusik für die umstrittene Ostpolitik der Ära Kiesinger-Brand-Schmidt.
(Quelle. Karlheinz Weissmann, in JF, 16.10.15, S. 21).

Sicheres Erkennungszeichen eines totalitären Staates
ist die Verfolgung von Gesinnung

Erinnerung an den Erlass der Benesch-Dekrete vor 70 Jahren!

„Schatzsuche“ im Sudetenland

Mit folgender Geschichte möchte der Witikobrief an den Erlass der Benesch-Dekrete vor 70 Jahren erinnern. Nachdem bereits im Juni 1945 sämtliche deutsche Bauernhöfe konfisziert worden waren, folgte am 21. Oktober 1945 der finale Schlag gegen das übrige deutsche Eigentum. Verschont wurden nur die notwendigste Kleidung, Bettdecken und etwas Hausrat.
Viele Deutsche versuchten, etwas von ihren Habseligkeiten zu verstecken. So auch die Familie Schlattner in Liboch, Kreis Dauba. Vater Schlattner dachte sich ein Versteck unter einer Dachgaube aus. Daran erinnerte sich der nun 83-jährige Sohn Rudi und meldete sich bei den tschechischen Behörden. Er bot an, das Versteck zu verraten, wenn die darin verborgenen Sachen dem im Aufbau

befindlichen Aussiger Museum überlassen werden.
In Begleitung von Journalisten und Behördenvertretern begab sich Schlattner auf den Dachboden seines elterlichen Hauses und fand sofort die Stelle, wo man nur an einer unscheinbaren Kordel ziehen musste, um das Versteck zu öffnen.
Zum Vorschein kamen Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Wäsche, Bücher und Spielsachen. Sie waren nach 70 Jahren immer noch sorgfältig verpackt und unversehrt.
In Liboch wurden wir ganz konkret mit den Benesch-Dekreten konfrontiert. Von höchster tschechischer Seite wurde oft behauptet, diese seien „erloschen“. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Das 1928 erbaute Haus der Schlattners (sh.Foto!) bleibt konfisziert, und der rechtmäßige Erbe von der Nutzung ausgeschlossen. Traurig, dass in Europa noch ein Staat geduldet wird, der solch offensichtliches Unrecht verteidigt!

Rudi Schlattner enttarnt das Versteck am Speicher seines Elternhauses.

Umerziehung der Afrikaner zu Neuen Menschen

Es ist kein Geheimnis, dass die USA nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland ein gigantisches Umerziehungsprogramm durchführten. Eines der Mittel war dabei die Vergabe von Stipendien an begabte Studenten für Gastsemester in den USA. Die Rechnung ging auf, denn viele der jungen Menschen ließen sich von der egalitären und individualistischen US-Ideologie verführen und besetzten, so indoktriniert, später einflussreiche Positionen. Ihre Amtsführung war erwartungsgemäß „weltoffen“. In seinem Buch „Charakterwäsche“ hat Caspar Schrenck-Notzing 1965 erstmals darauf hingewiesen.
Was in Deutschland so gut gewirkt hat, soll jetzt in Schwarzafrika wiederholt werden. Für weite Kreise Amerikas ist es ein Ärgernis, dass gewisse afrikanische Regierungen und daneben auch Bischofssynoden Widerstand gegen die Homo- und Abtreibungslobby leisten. Dem will man jetzt mit einem von Präsident Obama gegründeten Programm beikommen. Es nennt sich YALI-Programm und bedeutet Young African Leaders Initiative. Es soll vielversprechende junge Schwarzafrikaner heranziehen, die später Führungspositionen einnehmen und im Sinne der Lobby wirken sollen. Die Finanzierung erfolgt durch eine Mandela-Stiftung, der Gelder einschlägiger Firmen und Institute zufließen. Das erste Seminar fand 2014 statt, das zweite wurde am 3. August 2015 in Washington von Barak Obama eröffnet. Wieder soll Völkern mit der verheerenden Waffe der Indoktrinierung etwas aufgezwungen werden, was sie nicht wollen. *(Quelle: Google)*

Kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir: Der hochbetagte Guido Massanetz (101 Jahre), dessen musikalisches Wirken wir in der Augustfolge noch würdigen konnten, verstarb leider am 5. November 2015.

Die Welt verstehen:

Interessantes in Kürze:

01. Bei der Gedenkfeier auf der Aussiger Beneschbrücke am 31.07.2015 ging auch die Oberbürgermeisterín von Aussig für genau 40 Sekunden ans Mikrofon und warf einige Blumen in die Elbe. Den Dank Bernd Posselts für ihr Kommen hörte sie schon nicht mehr, da sie danach wegfuhr (You Tube).
02. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin kostet jährlich elf Milliarden Euro. Der Staat zahlt auch für den Ausbau der Flughäfen (Berlin fünf Mrd. Euro!). Dreiviertel der Bevölkerung nimmt die Dienste der Luftfahrt nicht in Anspruch (Stand 2008 lt. Presseinformation des Umweltbundesamtes 032/2010).
03. Die Deutschen erwarben im zweiten Quartal dieses Jahres 24,1 Tonnen Gold, das sind 0,3 Gramm pro Person. Für die Schweiz lauten diese Zahlen: 11 to und 1,3 gr pro Person (PAZ, 22.8.2015, S. 7).
04. Der indische Politiker Shasi Tharoor forderte in Oxford Reparationsleistungen Englands an die britischen Kolonien, denn deren Ausplünderung sei 200 Jahre lang die Grundlage für Englands Weltmachtrolle gewesen (PAZ, 22.8.2015, S.6).
05. Vierzehn Jahre nach dem Anschlag auf die Zwillingstürme in den USA hat der Prozess gegen die fünf Hauptbeschuldigten immer noch nicht begonnen. Im Vorfeld geht es um Folter mit der die Beweise erpresst worden seien.
06. Nach dreißig Jahren entdeckte der deutsche Zoll in einem herrenlosen Koffer am Flughafen Frankfurt die Polizeiakte Joschka Fischers (Die Grünen). Sie war 1985, als Fischer Minister werden sollte, von der hessischen Landesregierung angefordert worden und dann spurlos verschwunden. Gegen Fischer war wegen Landfriedensbruchs, versuchten Mordes und Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt worden (JF.18.9.2015, S. 4)
07. Abtreibungsgegner forderten eine Willkommenskultur auch für das ungeborene Leben.
08. Viele Ostpreußen verschlug es 1945 auf ihrer Flucht nach Dänemark. Die für sie entstandenen Betreuungskosten von rd. 800 Mio DM hat die Bundesrepublik zwischen 1953 und 1958 abgezahlt. Die Zahl der in den Flüchtlingslagern Dänemarks 1945/46 gestorbenen Deutschen beträgt 17.209, darunter viele Kinder und Alte (JF. 30.10.15, S. 21 & Leserbrief PAZ, 19.9.2015, S. 12).
09. In den Anfangsjahren war im Verfassungsschutz der BRD „zeitweise rund jeder dritte Beamte und Angestellte ein ehemaliges NSDAP-Mitglied“ (Spiegel 19.9.2015, S. 54).
10. Im Baltikum sind seit 2014 bis zu 16 deutsche Kampfflugzeuge stationiert, die inzwischen mehr als 365 Starts mit voller Bewaffnung ausführten. Diese Aktivitäten nannte Sarah Wagenknecht ein brandgefährliches Spiel (Münchner Merkur, 26.9.2015).
11. Beim Stöbern im Netz kann man auf die Zeitschrift „Tumult“ stoßen, die den Zusatztitel „Vierteljahreszeitschrift für Konsensstörung“, trägt, ein Name, auf den man erst einmal kommen muss!
12. An deutschen Hochschulen sind stets etwa 200.000 Promotionen in Arbeit. Das sind rd. sieben je Professor. Rund 30 Prozent der Dissertationen entfallen alleine auf die Medizin (FAZ, 29.9.15, S. 11).
13. Die Gaslieferungen Russlands an die Ukraine sind bis März 2016 gesichert. Das Geheimnis: Die EU übernahm eine Anzahlung von 500 Mio. Euro. Die Höhe der Endsumme wurde nicht verraten (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, Berlin, 25.9.15)
14. Die Deutsche Bundesbank veröffentlichte kürzlich eine 2.300 Seiten umfassende Inventarliste der deutschen Goldbestände. In ihr fehlen aber immer noch die jedem Barren eingeprägten unverwechselbaren Identitätsnummern, die ein Hin- und Herschieben der Barren verhinderten.
15. Polnische Bäcker beanspruchten den „Schlesischen Streuselkuchen“ als geographisch gebundenes Markenzeichen für sich. Da „Kolacz slaski“ aber nur Schlesischer **Kuchen** heißt und nicht **Streusel**kuchen, dürfen deutsche Bäcker diesen jetzt auch wieder backen (PAZ, 23.10.15, S. 2).
16. Zwischen 1949 und 1970 waren im Innenministerium der BRD 54 % der Beamten vom Referatsleiter aufwärts frühere NSDAP-Mitglieder; 1961 sogar 66 %! In den Medien wurden aber nicht diese verketzert, sondern die Amtsträger der Vertriebenen (FAZ, 5.11.15, S.4)!

Korrigenda: Der Witikobrief muss aus der Augustfolge drei Angaben korrigieren: Der Einmarsch der US-Armee in Pilsen (S. 18) erfolgte am 6. Mai 1945, nicht am 6. August. Den Bericht über Guido Masanetz (S. 20) verfasste unsere stellv. Vortsitzende, Erika Köcher, nicht Peter Vanca, der nur das Foto beigesteuert hat. In dem Zitat von Wilhelm Hirschmann (S. 21) muss es „Suche“, nicht „Stunde“ heißen (Manuskriptfehler). Die Schriftleitung bittet um Entschuldigung!

In der Zeit der Lüge ist das Aussprechen der Wahrheit ein revolutionärer Akt.
(George Orwell)

Nachruf auf zwei herausragende sudetendeutsche Landsleute: Dr. Navratil und Dr. Schickel

Heinz Navrati:

Schon am 15. Mai diesen Jahres starb der erst im 78. Lebensjahr befindliche Notar Dr. Heinz Nawratil. Sein Werkeverzeichnis beginnt zwar berufshalber mit einer Millionenauflage im juristischen Fachbereich, enthält aber auch mehrere historisch-politische Veröffentlichungen, die ihm unter den historisch Interessierten größte Aufmerksamkeit sicherten. Genannt sei nur das "Schwarzbuch der Vertreibung" (1. Auflage 1982).

Heinz Gottfried Nawratil wurde am 18. Juni 1937 im nordmährischen Zauchtel an der Oder (Mährisch-Schlesien) als Sohn eines Arztes geboren. Er studierte Volkswirtschaft und Jura in München und Saarbrücken, promovierte lt."Wikipedia" 1964 bei Theodor Maunz in München (mir berichtete er aber, daß er erst später von Roman Herzog in dessen Zeit als Rektor der Speyrer Hochschule für Verwaltung und Öffentliches Recht promoviert wurde, „Lügenpedia“?). Nawratil mußte sich auf seiner Webseite gegen unwahre Behauptungen von "Wikipedia" wehren, er selbst wollte als "Jurist, Autor und Menschenrechtler" gelten, letzterer Begriff wurde ihm von "Wikipedia" bestritten und durch perfide Begriffe wie "dem Rechtsextremismus nahestehend" ersetzt.. Sein bleibendes Verdienst ist es, mit seinem ersten Buch die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt zu haben, daß die reinen Kriegsopfer der Deutschen in fünfeinhalb Jahren Krieg nur etwa halb so hoch waren, wie die Zahl der Opfer in den dreieinhalb Jahren unmittelbar nach den Kampfhandlungen. Den beamteten Historikern auf den Lehrstühlen fehlt offenbar der Mut, dies aufzugreifen.

Navratils Werke: Schwarzbuch der Vertreibung (14. Auflage, München 2007!),
Die deutschen Nachkriegsverluste (Neubearbeitung Graz, 2008)
Die Versöhnungsfalle (München 2011) und Der Kult mit der Schuld, 5. Auflage 2012).

Heinz Nawratil gehörte auch zum Kern der Verantwortlichen des "Instituts für Zeitgeschichte" (IfZ) in Ingolstadt. Damit leite ich über zum zweiten Nachruf:

Alfred Schickel:

Am 30. September ds. Jhrs. verstarb in Ingolstadt nach einem Schlaganfall Dr. Alfred Schickel, der Leiter und Gründer "seines" Instituts für zeitgeschichtliche Forschung, das er 1981 mit den beiden Sudetendeutschen, Prof. Dr. Hellmut Diwald und Prof. Dr. Franz W. Seidler, begonnen hatte. Vermutlich später stieß Dr. Schickels enger Freund Dr. Heinz Nawratil dazu.

Schickel wurde am 18.Juni 1933 (gleicher Tag wie bei Heinz Navratil, nur vier Jahre früher!) in einem dörflichen Stadtteil von Aussig an der Elbe als Bauernsohn geboren. In seinen Schuljahren am Jesuitenkolleg in St. Blasien dürfte er dem zwei Jahre älteren Heiner Geißler begegnet sein, bevor es zum Studium von Geschichte und Philosophie nach München ging. Schickel wurde mit einer Arbeit über die römische Rechtsgeschichte zum Dr. phil. promoviert. Nichtsdestoweniger beschäftigte er sich mit der Zeitgeschichte, ihr galt sein Hauptaugenwerrk. Zunächst Schulhistoriker in Ingolstadt, wurde er 1974 zum Direktor des Katholischen Stadtbildungswerkes berufen, blieb also seiner röm-kathol. Kirche bis zum Berufsende verbunden. Seinen herausragenden Forschungen dienten mehrere Aufenthalte im "National War Museum", Washington D.C. Dort stellte Schickel unter "Wegsehen"

der deutschen Berufshistoriker Ermittlungen zum Fackelmann-Befehl und zu den polnischen Nachkriegsverlusten an. Zu Letzteren wurden auch die deutschen Opfer aus den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten gezählt, was die polnische Verlustzahl um ca. 1,5 Mio. Tote steigerte. Ein weiteres Forschungsergebnis aus Washington betraf den Flugzeugabsturz mit Sikorski. Einem Telefon-Protokoll zwischen Roosevelt und Churchill vom Februar 1945 ist Churchills Schuld zu entnehmen.
Wegen dieser Erkenntnisse wurde Dr. Alfred Schickel natürlich ehrabschneiderisch attackiert, doch half ihm hierbei sein Glaube und seine Anbindung an die katholische Kirche sowie ein diskreter "Schutz" durch die bayrische Ministerialbürokratie nebst politischem "Hintergrund". Seine offiziellen Ehrungen wie das Bundesverdienstkreuz sicherten ihn auch ab, gaben ihm Schutz vor den "Knüppeln die ihm Stadtverwaltung und örtliche Presse vor die Füße warfen", so eine wörtliche Selbsteinschätzung. Alfred Schickel hat sich auch als "Geschichtspsychiater" einen Namen gemacht, lieferte er doch die Erstbeschreibung einer unter deutschen Hsitorikern weit verbreiteten, höchst ansteckenden, entzündlichen Erkrankung der Psyche namens "Weglasseritis"!
Mit der Aufklärungsarbeit über diese Seuche unter dem Historikerpersonal wollen wir das Gedenken an Alfred Schickel wachhalten! Sein "ZFI" wird wohl mangels Nachfolge damit beendet sein, schade! *(K-P.Sch.)*

Zwei vergessene Massaker

Die Sudetendeutschen begannen gleich nach der Vertreibung mit der Dokumentation der an ihnen verübten Gewaltverbrechen. Daher war es der *Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung Sudetendeutscher Interessen* schon 1951 möglich, das Sudetendeutsche Weißbuch herauszugeben (Wilhelm Turnwald, Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen).
Trotz aller Mühen blieben aber einige zum Teil gravierende Verbrechen lange unentdeckt. Zwei davon sollen hier nachholend beschrieben werden:

Keiner überlebte

Das erste hier zu schildernde Massaker fand 1945 in Rovensko pod Troskami (Rowenz, Kreis Hohenstadt, nahe Reichenberg) statt. Vor der dortigen Schule waren 315 deutsche Zivilisten und 50 entwaffnete deutsche Wehrmachtssoldaten zusammengetrieben worden. Bald kam ein mit zehn gefangenen SS-Männern beladener LKW dazu. Während die Ortsbevölkerung bei Musik und Tanz „ihren Sieg“ feierte, wurden die SS-Männer von einem sog. Tribunal zum Tode verurteilt. Einer der Verurteilten entriss aber vor der Hinrichtung einem Tschechen die Waffe und erschoss den Partisanen-Chef. Jetzt wurden nicht nur die zehn SS-Männer niedergemetzelt, sondern auch die 315 Zivilisten und 50 Wehrmachtsangehörigen. Die Leichen kamen in ein Massengrab und erhielten erst 1998 durch das Internationalen Roten Kreuz und den Deutschen Volksbund für Kriegsgräberfürsorge ein würdiges Grab. Allerdings ist die auf dem Gedenkstein zu lesende Aufschrift irreführend. Sie lautet: *Den Opfern des Zweiten Weltkrieges.*

Erlebnis eines Fürsten

Das zweite hier zu schildernde Massaker überliefert Fürst Alfons von Clary-Aldringen in seinem 1977 erschienenen Buch „Geschichten eines alten Österreichers“ auf den Seiten 282 f. Er wurde 1945 auf der Flucht von Teplitz-Schönau nach Westen bei Podersam von der Russischen Front eingeholt und landete mit seiner Familie in dem Dorf Zürau bei Podersam , wo er als Landarbeiter eingesetzt wurde. Im August erkrankte er an einer beidseitigen Mittelohrentzündung und kam in das Krankenhaus von Podersam. Dort wurde er eines Tages von einem ukrainischen Arzt insgeheim aufgefordert, sich sehr leidend zu stellen. Der Grund war, dass tschechische „Freiheitskämpfer“ in das Krankenhaus gekommen waren, um die deutschen Patienten zu „verhören“. Clary-Aldringen tat wie empfohlen und blieb unbehelligt, denn schwer leidende Patienten fordern den Sadismus gewisser Leute nicht wirklich heraus. Die anderen, nicht vorgewarnten Patienten wurden aber so zusammengeschlagen, dass die meisten starben. Auch dieses Massaker ist im Weißbuch nicht enthalten.

Furcht vor der Wahrheit?

Fürst Alfons von Clary-Aldringen (1887-1978) hat 1977 ein hübsches Buch geschrieben. Der Titel ist: Erinnerungen eines alten Österreichers. Nach fünf Jahren hatte es schon neun (9!) Auflagen geschafft! Da Clary-Aldringens einem alten Adelsgeschlecht Böhmens entstammt, dessen Familiensitz in Teplitz –Schönau lag, ist es verständlich, dass man dieses Buch auch ins Tschechische übersetzte. Dies geschah 2002 durch Milada und Milan Kourimsky. Aber, oh Schreck, die tschechische Version weist gravierende Lücken auf. Zwei Kapitel fehlen ganz, und ein drittes wurde entscheidend gekürzt, ohne dass der Leser darauf hingewiesen wird.

Das 1945 enteignete Schloss Clary-Aldringens in Teplitz-Schönau

Jeder erfahrene Sudetendeutsche erkennt den Grund natürlich sofort. Die fehlenden Abschnitte wurden unterschlagen, weil sie gegen das erwünschte Geschichtsbild verstoßen. Und in der Tat, diese Vermutung trifft zu, wie im Folgenden erläutert wird:

Kapitel: „ Völkerbundliga und Konrad Henlein“

Dieses ist das erste, ganz gestrichene Kapitel. Es zeigt den Fürsten als Mitglied der „Sudetendeutschen Liga für Völkerbund und Völkerverständigung“. Nach einer Tagung, an der er teilgenommen hatte, warnte ihn der Gesandte der Vereinigten Staaten, Lewis Einstein, sein Interesse an dieser Liga nicht allzu offen zu zeigen, denn das könnte sich ungünstig auf einige umstrittene Fragen bei der anstehenden Bodenreform auswirken.

Durch die Völkerbundliga lernte der Fürst auch Konrad Henlein kennen. Beide waren Tischnachbarn bei einem Diner, und Clary-Aldringen gewann von Henlein den Eindruck eines ruhigen, besonnenen Mannes mit einer angenehm klingenden Stimme. Als Henlein einmal in Teplitz sprach, hütete sich Clary-Aldringen natürlich davor, an der Kundgebung teilzunehmen. Ein britischer Gast Clarys, es war der Parlamentarier Cazalet, wollte Henlein aber unbedingt hören. Sie fanden folgenden Ausweg. Der fürstliche Schlossgarten grenzte zufällig an den Versammlungsplatz, und so versteckten sie sich hinter einem Gebüsch am Zaun, wo man Henlein gut hören konnte. Dieser habe den sudetendeutschen Standpunkt ohne Hass und Demagogie vertreten. Cazalet wollte daraufhin Henlein unbedingt persönlich sprechen, was nach mehreren Versuchen schließlich in einem Karlsbader Hotel gelang. Cazalet wollte wissen, ob die Sudetendeutschen den Anschluss ans Reich anstrebten. Henlein antwortete: *„Wir lassen uns nicht nur von unseren Gefühlen leiten, sondern halten uns an das politisch Mögliche.“* In dem unterdrückten Kapitel schildert Clary-Aldringen auch sein bekanntes Treffen mit Henlein wenige Tage vor Kriegsende 1945 in einem Teplitzer Hotel. Wie bekannt, bat Henlein den Fürsten, bei Eisenhower die Besetzung Böhmens durch die US-Streitkräfte zu verlangen. Als sich Clary-Aldringen dazu außerstande erklärte, kam es zu Henleins bekannten Gefühlsausbruch: *„Ich habe das alles nie gewollt, sie haben mich getäuscht, meinen Namen missbraucht und mich dann entmachtet…“*

Gemälde aus 1924: Fürst Alfons von Clary-Aldringen

Kapitel „Der Präsident Benesch“

Auch dieses Benesch-Kapitel wurde ganz weggelassen. In ihm beschreibt Clary-Aldringen das äußere Erscheinungsbild Beneschs, insbesondere fielen ihm dessen *„ganz abscheuliche Hände“* auf. Beneschs Buch „Detruisez l`Autrich-Hongrie“ nennt er ein widerliches Machwerk und beschuldigt den Verfasser, in Versailles mit gefälschten Zahlen gearbeitet zu haben. Als die polnische Armee im polnisch-russischen Krieg 1920 in Not geriet, hätte Benesch seine Schadensfreude darüber kaum verbergen können. Einen sehr breiten Raum nimmt in diesem Kapitel die Hungersnot unter den Sudetendeutschen, vor allem im Erzgebirge, ein. Damit stützt auch er die These, dass die Ereignisse des Jahres 1938 vor allem als Hungerrevolte der Sudetendeutschen zu bewerten sind. Das Kapitel endet mit den Worten, die Benesch zu Dr. Emil Franzel gesagt hat: In Wien sei ihm Hitler lieber als Habsburg.

Kapitel „Abschied von Böhmen“
Dieses Kapitel fiel nur zum Teil der Zensurschere zum Opfer, und zwar fehlt in ihm die Schilderung eines Massakers im Krankenhaus zu Podersam. Dort befand sich Clary-Aldringen im August 1945 mit einer beidseitigen Mittelohrentzündung. Eines Tages forderte ihn ein dort tätiger ukrainischer Arzt auf, sich sehr leidend zu stellen. Der Grund war rasch erkennbar: Eine Gruppe tschechischer „Freiheitkämpfer“ drang in das Krankenhaus ein und holte die durchweg deutschen Patienten zum „Verhör“. Das Ergebis war schrecklich, denn die Kranken wurden so fürchterlich verprügelt, dass die meisten von ihnen starben. Clary-Aldringen, der sich leidend stellte, blieb verschont, offenbar, weil der Sadismus gewisser Menschen nicht im erforderlichen Maße gereizt wird von sich vor Schmerz ohnehin schon krümmenden Menschen.

Ein befremdlicher „Duft“
Der Grund für die beschriebenen Fälschungen ist klar: Auch wenn zum Zeitpunkt der Übersetzung schon zwölf Jahre seit der „Samtenen Revolution“ vergangen waren, passten gewisse Kapitel immer noch nicht zum in der CR gepflegten Feindbild von den Sudetendeutschen. Die tschechische Übersetzung erschien unter dem Titel „Der Duft der Erinnerung“ (Vune vzpominek). Wer die Manipulationen kennt, wird ob dieses Duftes eher die Nase rümpfen! *(F.V.)*

Wer in Deutschland auf der Einhaltung geltender Gesetze besteht, läuft Gefahr, ausgegrenzt zu werden.

Der tschechische Film als Propagandamedium

Der Missbrauch des Mediums Film zu Propagandazwecken, besonders in autoritär regierten Staaten, ist gang und gebe. So spielte der Film auch in der CSSR diese Rolle. Amüsant ist es aber, wie der Schein der Seriosität dieser Filme noch 25 Jahre nach der sog. „samtenen Revolution“ verteidigt wird.

Opfer dieser Haltung wäre in Brünn fast der junge, 1989 geborene Filmstudent Adam Trcala geworden. Er hatte den Mut, in seiner Magisterarbeit „Das Bild der Deutschen im tschechischen Film 1945-1969“ zu untersuchen. Das gesamte tschechische Filmschaffen in dieser Zeitspanne umfasste 565 abendfüllende Filme. Unter diesen identifizierte Trcala mit oft bissiger Ironie 47 Filme als antideutsche Machwerke zwecks Rechtfertigung der Vertreibung. Offen erklärte er auch, dass die Vertreibung eine gravierende Verletzung des Völkerrechts sei und Züge des Völkermords trug.

Seine beiden Mentoren, Jiri Vorac und Jaromir Blazejovsky, benoteten die Arbeit schlecht und beriefen sich dabei sogar noch auf wissenschaftliche Gründe. Die Arbeit sei „ungeachtet wissenschaftlicher Einwände eingereicht“ worden. Die Philosophische Fakultät der Masaryk-Universität Brünn ging auf diese Einwände aber nicht ein und nahm die Arbeit an.

Trcala breitet auf rund 100 Seiten die gängigen Stereotypen der antideutschen Filme aus. Anfänglich waren alle Deutschen Feinde. Später wurde unterschieden. Westdeutsche galten als Feinde, Sudetendeutsche als Verräter, Österreicher als „Deutsche light“. Die Bundesrepublik wird als eine von den USA geknechtete Kolonie dargestellt, wo die Sudetendeutschen zum Einmarsch in die Heimat ausgerüstet werden. Dieses Bild des Westens hatten viele Tschechen tatsächlich so verinnerlicht, dass sie nach der Wende Opfer ihrer eigenen Propaganda blieben. Es dauerte ungefähr ein Jahr bis sie erkannten, dass die NATO nur ein Papiertiger ist.

Zartfühlend verschwieg Trcala aber doch noch etwas: Der Regisseur der schlimmsten Nachkriegs-Propagandaschinken war ein gewisser Otokar Vavra. Ausgerechnet dieser war bis Mai 1945 aktivster Filmemacher in Adolf Hitlers „Protektorat Böhmen und Mähren“!

Zeitgeschichte kann so aufbauend sein! *(Quelle: PrAZ, 12.9.2015, S.8)*

Dickes Lob für die Sudetendeutschen!

Gut versteckt in seiner Festschrift (FS) spricht Prof. Dr. Wilfried Schlau den Sudetendeutschen ein dickes Lob aus! Die Festschrift erschien 1990 zum 70. Geburtstag des Geehrten und enthält mehrere Studien zum Integrationsthema. Das Interessanteste wird im Folgenden herausgegriffen:

In einer schon 1964 angestellten Studie („Ländliche Gemeinden und Heimatvertriebene“, FS. S.159 ff.) befasste sich Schlau mit den Vertriebenen in Hessen-Nassau und Hessen Darmstadt. Seine Erhebungen stellte er in 120 Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern an.

Reibungslose Intergration.

Lob für die Sudetendeutschen

In diesem Untersuchungsgebiet gelang es den Sudetendeutschen am besten, sich zu integrieren. Als Grund erkannte Prof. Schlau eine **sozioökonomische Übereinstimmung**. Die Sudetendeutschen kamen aus klein- bis mittelbäuerlicher Umgebung, siedleten in Klein- und Mittelstädten und waren stark gewerblich orientiert. Diese Verhältnisse ähnelten denen im Aufnahmegebiet. Hinzugefügt sei, dass sich unter den Sudetendeutschen viele Egerländer befanden, die wie die Hessen gewohnt waren, einem kargen Boden, etwa im Tepler Hochland, ihre Nahrung abzuringen. Sie packten kurz entschlossen mit an und gewannen so den Respekt der Stammbevölkerung.

Konfessionsunterschiede

Günstige Umstände halfen auch, den Konfessionsunterschied zu bewältigen. Auf beiden Seiten gab es eine generationenalte Tradition konfessioneller Toleranz, die in Hessen auf die simultanen Schulsysteme Nassaus und Hessen-Darmstadts zurückging und in Österreich mit dem Erlass des berühmten Schulgesetzes von 1869 zu tun hatte.

Von diesen geistigen Grundlagen her ist auch die Frage der konfessionell gemischten Ehen bewältigt worden. Im Jahre 1960 waren 30,1 v. H. aller in Hessen geschlossenen Ehen Mischehen; rund ¼ aller Evangelischen heiratete in diesem Jahr katholische und fast die Hälfte aller Katholiken evangelische Partner. Der konfessionelle Friede war aber nur selten gefährdet, und schon lange vor der entsprechenden Diskussion auf dem Konzil hat der Limburger Weihbischof Kampe in einem vielbeachteten Artikel „Das Problem der Mischehe" am 19. 5. 1963 im „Sonntag" in sehr mutiger und zukunftsweisender Form zu dieser Frage Stellung genommen. Zu bedauern ist allerdings, dass aufgrund des Konfessionsunterschieds das evangelische Pfarrhaus als Integrationsinstanz weitgehend ausfiel!

Zufriedenheitsgrad

Auf die Frage, ob sie sich in der neuen Umwelt eingelebt haben, gaben die Vertriebenen folgende Antworten:

85 v. H. sagten „gut" und „sehr gut", 12 v. H. „einigermaßen" und nur 1 v. H. „gar nicht", obgleich es nur 19 v. H. ihrer Meinung nach heute wirtschaftlich besser ging als vor der Vertreibung oder Flucht, 38 v. H. dagegen schlechter und viel schlechter. Das ist eine Zufriedenheit auf **niedrigem Niveau.** Wahrscheinlich erklärt sie sich auch aus dem Vergleich mit den Verhältnissen in der ehemaligen Heimat. Man war froh, am Wirtschaftswunder teilhaben zu können.

Objektiv gesehen blieben die Vertriebenen in ihrer Mehrheit aber sozial deklassiert, auch wenn sie sich aus der Phase der **Mitexistenz** der ersten Jahre in die Phase der **Mitarbeit** hinaufgearbeitet haben. Sie waren, mit wenigen Ausnahmen, Arbeitnehmer, die meist nur ein mit Hypotheken belastetes Häuschen ihr „Eigen" nannten, aber doch keine wirkliche Vermögenssubstanz bilden konnten. Vor allem konnten sie kein Eigentum an den Produktionsmitteln erwerben, die in einer kapitalistischen Gesellschaft natürlich auch heute noch der Schlüssel zur wirtschaftlichen und damit politischen Macht sind. Das weiß man auch ohne Karl Marx. Der ganze gewaltige Vermögenszuwachs in der Zeit des Wirtschaftswunders, der nicht zuletzt auf der enormen Arbeitsleistung und dem Nachholbedarf der Vertriebenen an Konsumgütern beruht, ist infolge der nach dem Kriege unverändert gebliebenen Eigentumsverhältnisse fast ausschließlich in die Taschen der einheimischen Unternehmer, Aktionäre und Kaufleute, des westdeutschen Bürger- und Großbürgertums geflossen, das dementsprechend auch die politische Bühne beherrschte.

Die Arbeitnehmersituation der meisten Vertriebenen beschränkte stark deren Möglichkeiten zu einer führenden Mitarbeit im öffentlichen Leben. Der heute als Hilfsarbeiter tätige frühere Bauer entstammte oft einer Familie, die durch Generationen Bürgermeister, Kreistags- oder Landtagsabgeordnete und führende Vertreter in den Verbänden stellten.

Prof. Dr. W. Schlau

So war das ungelöste Eigentumsproblem, d. h. die Frage einer wirklichen materiellen Entschädigung für das verlorene Eigentum die schwerste Hypothek, denn die deutsche Praxis ist weit von den historischen Beispielen entfernt.

Historische Beispiele

Als es vor 300 Jahren zur Salzburger Protestantenvertreibung kam, forderte König Friedrich II. von Preußen das Bistum Salzburg auf, den Kauferlös für die zurückgelassenen Immobilien auszuhändigen. Er hatte Erfolg und konnte 400.000 Taler weitergeben. Es blieb ein Rest, da in der Zwischenzeit einige Empfangsberechtigte schon gestorben waren. Davon ließ er in Gumbinen die „Salzburger Anstalt“ errichten, die heute in Bielefeld weiterbesteht und vor allem als Altenheim für die Nachkommen der einstigen Religionsflüchtlinge dient (FS. S. 183).

Das zweite Beispiel ist Finnland, wo die Entschädigungsquote für die vertriebenen Karelier rund 80 Porzent beträgt. Dies wurde u.a. dadurch erreicht, dass nichtvertriebene Bauern mit mehr als 15 ha einen Hektar abgeben mussten.

So wundert es nicht, dass 52 v. H. der Vertriebenen und Flüchtlinge einen wirklichen Lastenausgleich forderten und 55 v. H. von ihnen mit der bisherigen Praxis nicht zufrieden waren, wogegen 40 v. H. der Einheimischen meinten, der derzeitige Lastenausgleich sei ausreichend, und nur 13 v. H. eine Verbesserung empfahlen, während 42 v. H. der Einheimischen keine Meinung haben und 7 v. H. sich der Stimme enthalten.

Aufstiegsmöglichkeiten

Unter den sozialen Aufstiegsmöglichkeiten in den ländlichen Gemeinden kommen die Stellen des Landbürgermeisters und des Schulleiters in Frage. Aber nur in fünf der 120 untersuchten Gemeinden gehörten der Bürgermeister der Gruppe der Heimatvertriebene an (4 %). Aber auch die Leitung einer Schule lag nur in zwei Fällen in der Hand eines Vertriebenen (1,8 %)! Verständlicherweise wird im Schulwesen die Konfession der ansässigen Bevölkerung stark berücksichtigt. Ein bedauerlicher Nebeneffekt ist aber die nachteilige Auswirkung auf die Ostkunde im Unterricht!

Jeder Vierte war Sohn eines Vertriebenen

Falle Bundeswehr

Überraschend sind Schlaus Erhebungen in der Bundeswehr. Dort waren zwischen 1956 und 1966 die Söhne Vertriebener und Mitteldeutscher deutlich zahlreicher vertreten als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Statt nur 19 % erreichten sie 25 %. In absoluten Zahlen war das ein Überhang von 60.000 jungen Männern aus den Reihen der Vertriebenen und 15.000 aus Mitteldeutschland. Dieses Missverhältnis lag am Verlust der Produktionsmittel bei den Vertriebenen. Nichtvertriebene Eltern konnten ihre Söhne öfter als unabkömmlich für einen Betrieb reklamieren und so deren Wehrpflicht vermeiden. Das hatte auch einen pekuniären Aspekt, denn der Wehrsold lag auf die ganze Dienstzeit bezogen um mindestens 5000 DM unter einem normalen Einkommen. Der Schaden für die Vertriebenen: 375 Mio DM! Die Parallele zu den USA, wo die Farbigen in der Vietnam-Armee überrepräsentiert waren, liegt auf der Hand (FS. S. 157).

Zusammenfassung

Prof. Schlau konstatierte am Ende seiner Studie. dass in der Eingliederung der Heimatvertriebenen auch in den ländlichen Gemeinden Hessens in den letzten achtzehn Jahren auf ökonomischem und sozialem Gebiet **einiges**, auf politisch-kulturellem Gebiet **nicht sehr viel** erreicht wurde. Von einer wirklichen Eingliederung aber kann erst gesprochen werden, wenn uneingeschränkte Aufstiegs-möglichkeiten auf ökonomischem und kulturellem Gebiet gegeben sind, wenn sie in einer ihrem Anteil entsprechenden Zahl und bei einer dem Durchschnitt der Einheimischen entsprechenden ökonomischen Basis auch in Eigentümer- und leitenden Positionen in der Wirtschaft und führenden

Positionen in der Politik die Verantwortung für die Gesamtheit mittragen können, und wenn die speziellen politischen Ziele der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in gleichem Maße Ziele der Gesamtheit geworden sind, wie die Vertriebenen sich die Sorgen und Ziele der Stammbevölkerung zu eigen gemacht haben. Mit Erreichung dieses Status würde die Eingliederung der Vertriebenen in ihre dritte Phase, die Phase der **Mitbestimmung,** eintreten.

Fünfzig Jahr später

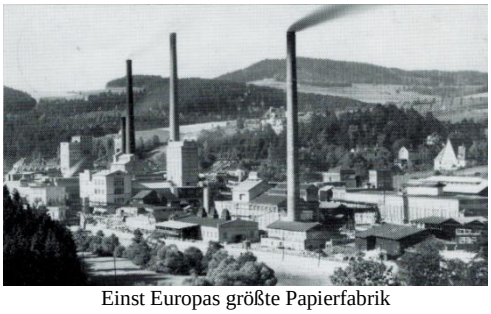
Ohne Zweifel machte die Integration der Vertriebenen seit der ersten Studie Prof. Schlaus weitere Fortschritte. Eine Untersuchung über den neuesten Stand ist allerdings nicht bekannt. Im wirtschaftlichen Bereich dürften sich die Unterschiede etwas abgeschliffen haben, ohne jedoch ganz vetrschwunden zu sein. Neu ins Blickfeld kamen in den letzten zehn Jahren aber die „posttraumatischen Belastungsstörungen". Betroffen sind davon die ganze Kriegsgeneration, aber auch deren Kinder und Enkel. Bisher nahm man an, dass diese Störungen durch Vorbild und Erziehung an die nächsten Generationen weitergegen werden. Neuerdings geht man aber sogar von einer Weitergabe über die Gene aus. Das bestätigt die Direktorin des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie, München, Prof. Elisabeth Binder. Sie spricht von epigenetischen Narben, die zwar nicht die Folge der Buchstaben in der Helix verändern aber doch die Art, wie die Helix sich faltet (Elisabeth Binder, ARD-alpha, 22.10.2015, auch Internet „Elisabeth Binder").

Normalität zu erreichen dürfte, so gesehen, die Aufgabe vieler Generationen sein. *(F.V.)*

Wettern, Kirche

Mit Witiko doppelt verbunden!

Unser Mitglied W.J. ist mit Witiko, dem Romanhelden Adalbert Stifters, doppelt verbunden. Zum einen gehört er unserer nach Witiko benannten Gemeinschaft an. Die zweite Verbindung ergibt sich aus seinem Heimatort „Wettern" im Böhmerwald, denn dieser kommt in Adalbert Stifters „Witiko" als Rastort des Romanhelden vor. Wettern wird bei Stifter aber noch nicht als Ortschaft, sondern nur als großes, mit einer starken Mauer umgebenes Gehöft beschrieben. Seinen Besitzer, Diet von Wettern, kannte Witiko von einer Landesversammlung am Wysehrad. Witiko besucht ihn und bittet um Gastfreundschaft für zwei Tage, die ihm gerne gewährt wird. Wie bei Stifter üblich, ist die Beschreibung des Hofes und der Landschaft ringsumher sehr ausführlich. Nach zwei Tagen erbittet Witiko von Diet einen Führer, der ihn bis zu seinem nächsten Ziel geleiten sollte. Auch diesen Wunsch erfüllt ihm der Gastgeber. Ob der historische Witiko jemals in Wettern war, kann freilich nicht nachgewiesen werden. Als Rastort Witikos wurde Wettern wohl deshalb ausgewählt, weil es zur engeren Heimat Adalbert Stifters gehörte. In der Neuzeit wurde Wettern auch bekannt durch die sog. Pötschmühle, die europaweit größte Papierfabrik.

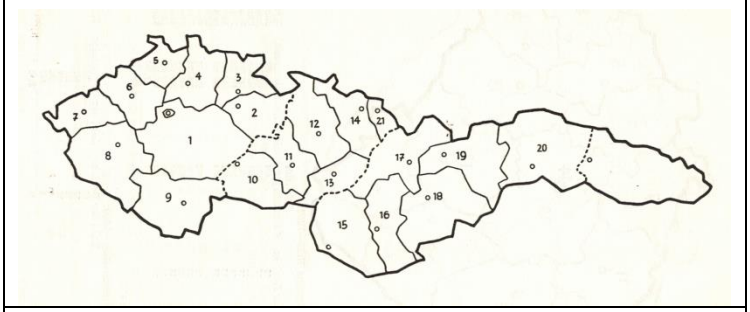


Einst Europas größte Papierfabrik
Pötschmühle,bei Wettern

Ohne Arbeit früh und spät wird Dir nichts geraten.
Der Neid sieht nur das Blumenbeet, aber nicht den Spaten.
(Sinnspruch in einer Landgaststätte Thüringens)

Die CSR – Zerrbild einer Demokratie

Die CSR der Zwischenkriegszeit wurde von der Propaganda als Musterdemokratie verherrlicht. Diese Legende ist längst widerlegt. Die wichtigsten Schwachstellen in diesem Konstrukt hießen**: Petka, Wahlkreisgeometrie, Soldatenwahlrecht, Reversdemokratie und kommunale Selbstverwaltung.** Auch der Witikobund hat darüber im Sonderheft 2013, S.16 ff. ausführlich informiert. Zu kurz kam dabei aber immer das Thema der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses Gebiet ist so vielschichtig, dass ein Laie kaum die Übersicht behalten kann. Das begünstigt aber auch das Hantieren an vielen kleinen Stellschrauben, die in der Summe eigentlich „große Politik“ ausmachen! Daher soll hier der Versuch gemacht werden, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Grundlage ist die vom Collegium Carolinum 1965 herausgegebene Schrift „Die Finanzwirtschaft der Sudetendeutschen Gemeinden und Bezirke 1918 bis 1938“ von Julius Schreitter-Schwarzenfeld. Der Verfasser war ab 1922 Finanzreferent von Brüx und ab 1942 Oberbürgermeister von Olmütz. Nach fünfjähriger tschechischer Haft wirkte er ab 1951 als Geschäftsführer des Gemeindetages Rheinland-Pfalz.



Die gestrichelten Linien trennen die vier Verwaltungsgebiete

Bedeutung der Selbstverwaltung
Nachdem den Sudetendeutschen 1918 das von Präsident Wilson propagierte Selbstbestimmungsrecht vorenthalten worden war, hätte eine gewisse Autonomie in den Kommunen ein Ersatz für dieses sein können. Aber auch das wollte die tschechische Seite nicht dulden. Deutsches Leben sollte sich nicht einmal mehr auf Gemeindeebene entfalten können. Man hatte sehr wohl erkannt, dass man auf dieser Ebene mit scheinbar unbedeutenden Maßnahmen auch große Politik treiben kann.

Beginn der Abwärtsspirale
Die Abwärtsspirale begann schon am 7. Feber 1919 mit einer **Novelle** zur (aus dem alten Österreich übernommenen) Gemeindeordnung. Darin wurde für die Gemeinden die Einrichtung von **Finanzkommissionen** verfügt, deren Mitglieder aber nur zur Hälfte von den Gemeindevertretern ernannt wurden, die andere Hälfte bestimmten die übergeordneten Bezirksausschüsse. Ferner eröffnete diese Novelle dem Staat die Möglichkeit, eine Reihe kommunaler Aufgaben in Staatsregie zu übernehmen. Dabei traf der Staat zwar die Auswahl des Personals, die Personal- und Sachkosten aber überließ er den Gemeinden. Betroffen waren die **Ortspolizei, die Gesundheitspolizei, das Straßenbauwesen und die Armenfürsorge**. Von dieser Möglichkeit machte die Regierung zunächst allerdings nur bei der Gesundheitspolizei, sprich bei den Gemeindeärzten, Gebrauch.

Neben der „Februar-Novelle“ gab es gleich in den ersten Jahren der CSR zwei weitere Gesetze gegen die kulturelle Eigenständigkeit der Sudetendeutschen. Schon 1919 legte das „Ministerium für Schulwesen und Volkskultur“ die Hand auf die **Gemeindebüchereien**. Im Sinne einer schnellen Tschechisierung schrieb es den Gemeinden vor, welche Bücher auszuscheiden und welche anzuschaffen seien. Die Kosten freilich blieben wieder den Gemeinden.
Sehr wirksame Waffen im Nationenkampf verschaffte sich die Regierung mit Gesetz vom 14.April 1920. Zunächst erhielt das Innenministerium das Recht, über die **Orts- und Straßennamen** zu verfügen. So wurde beispielsweise aus Pressburg Bratislava und aus einer Schillerstraße die Straße des 28. Oktobers. Im selben Gesetz nahm sich die Regierung ferner das Recht, **Gemeinde- sowie Bezirksgrenzen** zu verändern. So erhielt manche Gemeinde mit geringer deutscher Mehrheit durch Eingemeindung eines tschechischen Dorfes plötzlich eine tschechische Mehrheit. Entsprechendes war auf Bezirksebene möglich.Kaum zu verstehen ist daher das Urteil sudetendeutscher Fachleute, die die damaligen Zustände als noch „tragbar“ bezeichneten (sh. Schreitter-Schwarzfeld, S.23). Wichtig scheint dabei jedoch gewesen zu sein, dass sich die Verantwortlichen auf den übergeordneten Ebenen noch „als Repräsentanten der

Bezirks**selbst**verwaltung und nicht des Staates“ (ebda.) fühlten. Aus heutiger Sicht muss man aber feststellen, dass die Leidensfähigkeit der Sudetendeutschen offensichtlich bereits damals sehr ausgeprägt war.

Die „Novelle“ vom 7.2.1919 sah auch die Einteilung der CSR in **21 Gaue** vor, neun (9) davon in Böhmen. Sie sollten die den Bezirken übergeordnete Ebene bilden. Da aber auch bei raffiniertester Anwendung der Wahlkreisgeometrie in den Regionen Karlsbad und Böhmisch Leipa zwei rein deutsche Gaue unvermeidbar gewesen wären, verzichtete man stillschweigend auf die Verwirklichung dieses Modells und erklärte 1927 die Länder Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei und Karpato-Ukraine zu neuen übergeordneten Verwaltungsebenen (sh. Skizze!). Die Nachteile so großer Verwaltungseinheiten liegen auf der Hand. Die Behörde für Böhmen war für 6,5 Millionen Bürger zuständig und beschäftigte ein Heer von 3.525 Beamten, für die Bürgernähe ein Fremdwort war.

Wendejahr 1927

Grundlage für diesen Gigantismus war das berüchtigte, am 14.7.1927 in Kraft getretene neue **Gesetz Nr. 125/27** über die **Organisation der politischen Verwaltung.** Erst dieses Gesetz ermöglichte, die schon in der Novelle von 1919 angelegten Möglichkeiten voll auszuschöpfen (s.o., Ortspolizei usw.!). Der Weg führte über die Besetzung der Spitzenpositionen in den Bezirken und Ländern mit weisungsgebundenen Staatsbeamten, die in den jeweiligen Gremien auch volles Stimmrecht besaßen. Außerdem wurden die Parlamente zu einem Drittel von der Regierung ernannt.

Diesen undemokratischen Eingriff in die Selbstverwaltung sahen zwar auch tschechische Persönlichkeiten, doch wegen der Möglichkeit, deutsche Gebietskörperschaften zu majorisieren, unterdrückten sie ihr demokratisches Gewissen. So konnte im Extremfall in einem Parlament eines zu 80 Prozent deutschen Bezirkes eine tschechische Mehrheit herbeimanipuliert werden.

Von diesen Möglichkeiten wurde offenbar sattsam Gebrauch gemacht. So kam es bis 1937 in 55 Städten zur Verstaatlichung der **Ortspolizei**, wobei es sich um 49 deutsche Städte und nur um sechs mit (knapper) tschechischer Mehrheit handelte (wie Iglau, Znaim, Brünn). Es schien, als wäre das Sudetenland unter Sonderrecht gestellt worden. Selbstredend mussten die Gemeinden wieder die Kosten für die tschechischen Anordnungen tragen.

Die Mitwirkung Deutscher war auch durch die Amtssprache, die auf dieser Ebene immer Tschechisch war, sehr eingeschränkt.

Unerfreulich war auch die Bevormundung der Gemeinden bei der **Wahl des Bürgermeisters**. Dieser durfte sein Amt erst nach Bestätigung durch die Regierung antreten. Im Streitfall setzte die Regierung ihr genehme kommissarische Stellvertreter ein, die oft entscheidende personelle und sachliche Weichenstellungen vornehmen konnten. Diesbezügliche Beispiele nennt das Heimatbuch Iglau.

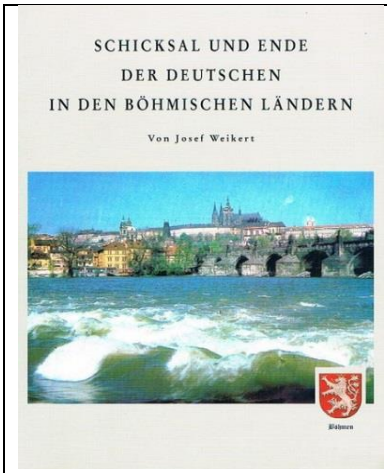
Die Wahlperiode in der CSR betrug sechs Jahre. 1937 kam es zu einer **Wahlverschleppung** bis 1938, was vor allem zu Lasten der Sudetendeutschen ging. Diese waren durch das Parteienverbot von 1933 in den Parlamenten ohnehin schon unterrepräsentiert und wurden jetzt auch noch gehindert, die Partei ihres Vertrauens, die seit 1935 erstarkte Sudetendeutsche Partei, in die Gremien zu schicken.

Das Finanzchaos

Verschärft wurde die Bevormundung der Kommunen durch die unzureichende Zuweisung von Finanzmitteln. Die Gemeindesteuern wurden in Form von Zuschlägen zu den allgemeinen Steuern erhoben. Die csl. Finanzbürokratie war aber mit der zeitnahen und gerechten Verteilung an die Gemeinden überfordert. Dieser Mißstand traf die deutschen Gemeinden besonders hart, da bei ihnen die Zahl der Arbeitslosen, für die sie sorgen mussten, besonders hoch war. Mehrkosten gegenüber tschechischen Kommunen entstanden auch, weil sie sich wegen der allenthalben versuchten Tschechisierung in besonderem Maße auf kulturellem Gebiet betätigen mussten. So erreichten die Theaterdichte, die Zahl der Gemeindebüchereien und der Museen im Sudetenland einmalig hohe Werte. Nicht weniger als zwölf Städte mit weniger als 60.000 Einwohnern unterhielten ein eigenes Schauspielhaus! Es sind dies: Eger, Karlsbad, Franzensbad, Saaz, Marienbad, Brüx, Teplitz-Schönau, Aussig, Gablonz, Leitmeritz, Reichenberg und Troppau. Deutsche Häuser gab es selbstverständlich auch in Prag, Olmütz, Pilsen und Brünn.

Die ganze Bandbreite

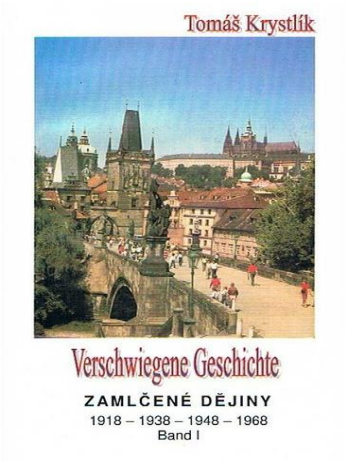
Die Sudetendeutschen erfuhren Knebelungen ihres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens über die ganze Bandbreite des täglichen Lebens. Es genügt daher nicht, nur das auf Staatenebene bestehende Unrecht anzuklagen, sondern man muss auch die unzähligen Nickligkeiten im Dickicht der Kommunalpolitik kennen, um die Verzweiflung der Betroffenen zu verstehen. *(F.V.)*



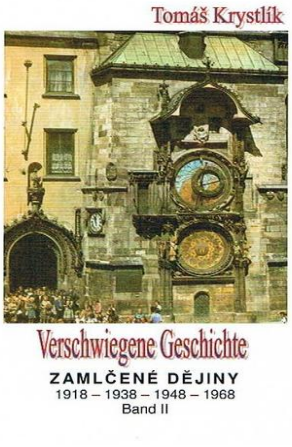
€ 5,-

€ 5,-

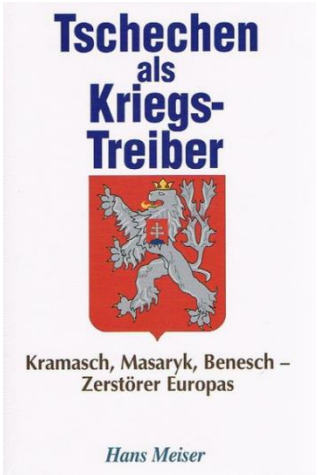
€ 11,-



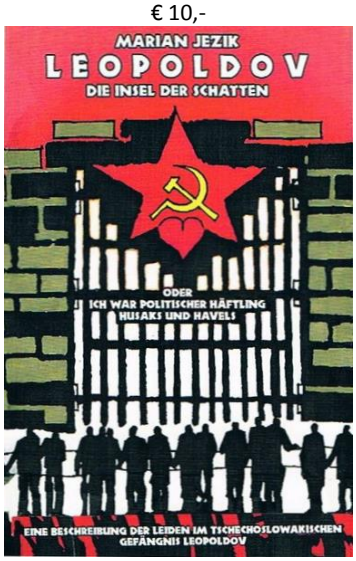
€ 10,-



€ 10,-

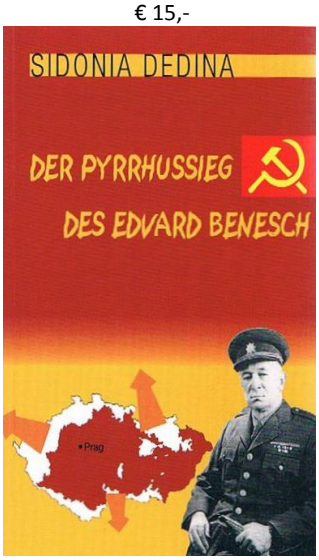


€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bezug obiger Bücher über witikobund-bundesverband@freenet.de
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.